

## Politische Lösung für Libyen-Krise

UN STARTEN VERTRAUENSBILDENDE MASSNAHMEN

**In einer Region, wo derzeit menschliche Katastrophen keine Seltenheit sind und insbesondere das Vorgehen des „Islamischen Staates“ in Syrien und Irak täglich neue Schreckensbilder produziert, drohen, positive Nachrichten umso schneller unterzugehen. Das muss sich auch der UN-Sondergesandte für Libyen, Bernardino Leon, gedacht haben, als er das erste Dialog-Treffen, das auf Vermittlung der Vereinten Nationen stattfand, als einen „großartigen Tag für Libyen“ qualifizierte. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon stand seinem Gesandten während seines Besuches in Tripolis am 10. Oktober 2014 bei. Kein Versuch dürfe unterlassen werden, „alle Parteien dazu zu bringen, die Gewalt zu beenden und den politischen Dialog aufzunehmen“, so der UN-Generalsekretär.**

Gut drei Jahre nach dem Sturz des Diktators Muammar Gaddafi ist das Land politisch gespalten, bewaffnete Milizen stehen sich unversöhnlich gegenüber, zwei konkurrierende Regierungen und gesetzgebende Institutionen, die sich jeweils gegenseitig die Legitimität absprechen, existieren. Seitdem Ende August eine schlagkräftige Allianz der pro-islamistischen Misrata-Milizen Tripolis eingenommen und die Kontrolle über alle staatlichen Einrichtungen gewonnen hatte, ist das Land mehr oder weniger paralytisch. Im Osten hingegen halten die Kämpfe zwischen islamistischen Gruppen und den eher nationalistisch gesinnten Kräften um den pensionierten General Khalifa Haftar an.

Vordergründig verlaufen die Konfliktlinien zwischen Islamisten und Liberalen, wenngleich bereits die Verwendung dieser Begrifflichkeiten Fragen aufwirft. Der Konflikt in Libyen ist komplexer, als es auf den ersten Blick erscheint.

### UN-Vermittlung: Dialog als Vorbereitung für eine politische Lösung

Am 29. September 2014 war es dem neuen UN-Vermittler gelungen, 22 Vertreter des neu gewählten Parlamentes in Ghadames im westlichen Libyen zu einem ersten vertrauensbildenden Gespräch zu versammeln. Wenngleich angesichts weiterhin herrschender Gewalt in Benghazi wie in Tripolis kein Grund zu übertriebenem Optimismus besteht, könnte das Treffen zumindest als Beginn einer länger andauernden Phase der Annäherung der Konfliktparteien angesehen werden. Libyen ist seit Ende August geteilt in ein gewähltes, international anerkanntes Parlament, das aus Sicherheitsgründen seinen Sitz vorübergehend nach Tobruk verlegt hat, und in den Allgemeinen Nationalkongress, dessen Mandat eigentlich mit der Wahl des neuen Parlaments auslaufen sollte, der jedoch dessen Legitimität nicht anerkennt und weiterhin in Tripolis tagt. Die Gespräche von Ende September boten die erste Gelegenheit für gewählte Mitglieder des neuen Parlaments, in einen solchen Dialog einzutreten. Wenngleich die Teilnehmer der Gespräche sich einmütig für einen Waffenstillstand und für politische Gespräche

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LIBYEN

DR. HARDY OSTRY

Oktober 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

auszusprechen, scheint das größere Problem genau darin zu liegen, dass eben nicht alle Akteure der aktuellen Auseinandersetzungen geladen waren. Die Vereinten Nationen hatten die Einladung nur an Mitglieder des neuen Parlaments gesandt, darunter diejenigen, die aktiv an den Sitzungen teilnehmen und diejenigen, die es zugunsten des Allgemeinen Nationalkongresses boykottieren. Vertreter des Allgemeinen Nationalkongresses waren nicht eingeladen worden, was in der völkerrechtlichen Logik der Vereinten Nationen liegt, gleichwohl jedoch auch umgehend Kritik provoziert hatte.

Nuri Abu Sahmain, Sprecher des Allgemeinen Nationalkongresses, kritisierte umgehend den Prozess sowie die Tatsache, dass er nicht eingeladen worden sei. Eine Stellungnahme der „Libya Dawn“, einer Allianz islamistischer Gruppierungen und Milizen aus Misrata, die seit August die Hauptstadt Tripolis kontrollieren, erklärte, sie erkenne die Gespräche nicht an, und die militärischen Aktionen würden fortgesetzt. Großmufti Scheich Sadik al-Ghariani nahm in ähnlicher Weise Stellung, indem er dazu aufrief, die Gespräche zu suspendieren und das Urteil des Obersten Gerichtshofes abzuwarten, inwiefern das neue Parlament in Tobruk überhaupt verfassungskonform sei.

Die unterschiedlichen Akteure der aktuellen libyschen Machtspiele führen dabei gerne verfassungsrechtliche Fragen an, was umso leichter und verwirrender ist, als dass derzeit gar keine Verfassung existiert. Gleichwohl wird die verfassungsrechtliche Thematik gerne genutzt, um die Gegenseite ins Unrecht zu setzen. Libya Dawn und der Allgemeine Nationalkongress führen an, dass das am 25. Juni neu gewählte Parlament illegal sei, da es zwei fundamentale Regeln gebrochen habe: Zum einen habe sich das neue Parlament nicht zu einer Übergabezeremonie mit dem Kongress in Tripolis eingefunden, zum anderen habe es sich nicht - wie vorgesehen - in Benghazi konstituiert, sondern im weiter entlegenen Tobruk. Beide Sachverhalte treffen zu, wobei handfeste Sicherheitsgründe für die jeweiligen Abweichungen sprachen.

Zusätzlich erschwert wird die Lage aus Sicht der Anhänger des Allgemeinen Nationalkongresses dadurch, dass keine Vertreter der Ansar Al-Scharia eingeladen worden seien, der islamistischen Milizengruppen, die weite Teile von Benghazi kontrollieren. Mit Blick auf eine solche Forderung wäre gleichwohl die Frage zu stellen, wie hoch man den Anspruch, einen inklusiven Dialog führen zu wollen, halten muss, ohne sich selber ad absurdum zu führen. Ansar Al-Scharia stellt sich dezidiert gegen jede demokratische Ordnung und hatte Benghazi noch im Juni zu einem „Islamischen Emirat“ erklärt. Offen bleibt ohnehin, inwiefern die unterschiedlichen Gruppen die Einladung der Vereinten Nationalen angenommen hätten und vor allem, ob die Vertreter des Tobruk Parlamentes an einem Dialog mit Gruppierungen teilgenommen hätten, die sie selber als „Terroristen“ qualifizierten.

UN-Vertreter zeigten sich verhalten optimistisch angesichts der Gespräche. Leon warnte davor, darin sogleich einen Durchbruch zu sehen, allerdings sei es ein Anfang auf der Suche nach einer politischen Lösung. Der britische Sondergesandte für Libyen, Jonathan Powell, legte seinerseits im Rahmen seines Besuches in Libyen noch einmal nach und forderte die Einbindung aller Milizen in den Dialog. Neben der parlamentarischen Ebene müsse es eine politische und auch eine militärische geben, um alle Beteiligten an einen Tisch und sie zur Niederlegung der Waffen bringen, so Powell.

**Zuspitzung der Krise und Radikalisierung im Osten**

Während dessen drängt die Zeit. Die libysche Wirtschaft liegt am Boden, das Haushaltsdefizit wird auf 13 Milliarden US-\$ geschätzt, vorrangig verursacht durch die er-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LIBYEN

DR. HARDY OSTRY

Oktober 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

heblich reduzierte Ölförderung und die Blockade der Förderanlagen. Zudem materialisieren Korruption und Misswirtschaft weitreichende Verluste. Mehr als 1,5 Millionen Libyer haben zwischenzeitlich Zuflucht im benachbarten Tunesien gesucht, knapp 800.000 hat es nach Ägypten verschlagen. Der aktuellen politischen Blockade in Libyen ging eine mehrmonatige Krise voraus, die bis heute weiterhin von Kampfhandlungen begleitet wird.

#### „Operation Würde“ und die Folgen

Ihren Ausgang nahm die aktuelle Krise mit der von General Khalifa Haftar am 16. Mai 2014 gestarteten „Operation Würde“ in und um Benghazi herum. Ehemalige Militäreinheiten der Marine wie der Luftwaffe begannen in einer Allianz lokaler Milizen mit Angriffen auf Stellungen islamistischer Milizen sowie der Ansar Al-Scharia, die Haftar und seine Gefolgsleute für die Welle der Ermordungen staatlicher Sicherheitskräfte sowie den sich ausbreitenden islamistischen Terror verantwortlich machten. Parallel dazu griffen verbündete Milizen aus Zintan den Sitz des Allgemeinen Nationalkongresses in Tripolis an, wodurch die zunächst auf Benghazi konzentrierte Aktion auch in die Hauptstadt getragen wurde. Der wohl eher strategischen Allianz zwischen Haftar und den Milizen aus Zintan unter dem Vorzeichen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ schlossen sich alsbald weitere politische wie militärische Persönlichkeiten an, indem sie ihre Unterstützung für die „Operation Würde“ erklärten. Haftar selber galt und gilt dabei als eine zumindest kontroverse Persönlichkeit: Als ehemaliger Gefolgsmann Gaddafis, der 1987 in die USA emigrierte, dort enge Kontakte zum US-amerikanischen Geheimdienst gepflegt haben soll und erst 2011 nach Libyen zurückkehrte und am Kampf gegen Gaddafi teilnahm, hinterlässt für viele allein seine Vita bereits einige Fragezeichen. Auffallend war und ist insbesondere die missionarische Überzeugungsrhetorik, die Haftar pflegte und die mit dazu beigetragen

hat, den Konflikt eindimensional als Auseinandersetzung zwischen „Islamisten“ einerseits und „Nationalisten“ andererseits darzustellen.

Anleihen machte Haftar dabei auch bei Ägyptens Präsident Sissi, indem er erklärte, der Kampf gegen den Terrorismus sei der Weg, „die arabische Identität“ zu sichern. Zudem erklärte er von Beginn der Operation an, dass es ihm nicht nur darum gehe, Benghazi von den Islamisten zu befreien, sondern von den Moslembrüdern als solches. Ohne weitere Differenzierung der unterschiedlichen Gruppierungen sah er für diese nur drei Möglichkeiten: „Tod, Vertreibung aus dem Land oder Gefängnis!“

Der General und die unter seiner Führung gegründete „Neue Libysche Armee“ standen damit am Anfang einer neuen, brisanten Dynamik, die die ohnehin vorhandene Polarisierung und Radikalisierung beförderte. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: Im Juli lancierten die Milizen aus Misrata den Angriff auf den Flughafen in Tripolis, den sie Ende August von den Zintan-Milizen eroberten. Als Gegenaktion zur „Operation Würde“ war die „Operation Morgenröte“ geboren. Parallel zu den sich über fünf Wochen hinziehenden Kämpfen hatten sich auch die politischen Gräben weiter vertieft: Ende August hatte Regierungschef Al-Thani erwartungsgemäß den Rücktritt seiner Übergangsregierung angekündigt, damit das neu gewählte Parlament entsprechend einen neuen Regierungsauftrag erteilen konnte. Dem Rücktritt war jedoch ein Machtkampf zwischen altem und neuem Parlament vorausgegangen, der sich vordergründig an den genannten verfassungsrechtlichen Fragen entzündete, de facto jedoch mit der Mehrheitssituation und der politischen Ausrichtung in den beiden Kammern zu tun hatte. War der Allgemeine Nationalkongress aufgrund der Wahlergebnisse von 2012 noch mehrheitlich durch die der Moslembruderschaft nahestehende „Gerechtigkeits-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LIBYEN

DR. HARDY OSTRY

Oktober 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

und Aufbaupartei“ sowie deren Partner dominiert, so sind die Islamisten im neuen Parlament in der Minderheit. Dies vor allem auch, weil zu den Wahlen keine Parteien zugelassen waren, sondern nur einzelne Persönlichkeiten unterstützt von ihren Regionen oder Gruppierungen.

#### **Weg aus der Krise: nur unter Einschluss der Milizen**

„In Libyen sehen viele die Dinge nach diesem islamistischen und nicht-islamistischen Narrativ, aber in Wirklichkeit sind es viele verschiedene Interessen. Es ist ein sehr fragmentiertes Land, das sich nicht in gewöhnlichen Begriffen der Bi-Polarisierung erklären lässt“, erklärt der Analyst Issandr El Amrani die Situation. Und in der Tat gestaltet sich die Interessen- und davon abgeleitet auch Konfliktlage des Landes komplexer. Neben der Frontstellung Islamisten-Nationalisten, die vorrangig im Osten eine Rolle spielt, kommt eine regionale Konfliktebene hinzu, die zwischen Städten und Regionen wie Misrata und Zintan und Beni Walid angesiedelt ist. Diese Konflikte und Rivalitäten der Regionen, insbesondere im Westen und Süden des Landes, reichen weit zurück bis in die Unabhängigkeitsperiode des Landes. Bereits damals hätten die Konflikte im Westen beinahe dazu geführt, dass sich die Cyrenaica als östliche Provinz als alleiniger unabhängiger Staat erklärte hätte, weil der Westen und Süden nicht zu Kompromissen bereit waren. Im Kern geht und ging es bei all dieser Auseinandersetzung um Einfluss, Macht und den Rückgriff auf Ressourcen. Vor allem der Beginn der Aufstände im Jahr 2011 in Benghazi, das unter Gaddafi vernachlässigt worden war, obwohl die Region nicht nur die größten Öl-Reserven, sondern auch Wasser-Vorkommen bereit hält, lässt sich vor diesem Hintergrund erklären: Die Bewohner wollten neben mehr Unabhängigkeit und Freiheit vor allem auch Teilhabe an dem, was das Land im Grunde reich machte. Eine weitere Konfliktlinie kam hinzu, die sich insbesondere in den

letzten Monaten verschärfte: die zwischen ehemaligen, „wohl“ gedienten Veteranen wie Haftar und den neuen und jüngeren Milizenanhängern, oftmals Islamisten, die während der Zeit des Diktators in Haft oder im Exil waren. Zu dieser unversöhnlichen Frontstellung hatte auch der Allgemeine Nationalkongress mit der Verabschiedung des sogenannten Exklusions-Gesetzes im Mai 2013, das den Ausschluss ehemaliger Kader unter Gaddafi aus dem politischen Leben beschloss, beigetragen.

#### **Phänomen der Milizen**

Alle genannten Faktoren spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, die aktuelle Konfliktsituation in Libyen zu beschreiben. Kein Element für sich kann jedoch hinreichend-notwendig erklären, warum sich die Gewalt-Spirale in Libyen derartig entwickelte. Im Kern, so Frederic Wehrey, stellt das Potential an Gewalt, das in Libyen herrscht, eine zutiefst lokale Angelegenheit dar, die auf ein tief verankertes Patronage-Netzwerk zurückreicht, innerhalb dessen alle Teile um die wirtschaftlichen Ressourcen wie die politische Macht im Land kämpfen. Dieser Verteilungs- und Machtkampf findet statt in einem Staat, der von einem institutionellen Vakuum und der weitgehenden Abwesenheit bzw. Funktionsunfähigkeit zentraler Entscheidungsstellen geprägt ist. Zudem gibt es nicht eine Kraft, die in der Lage wäre, sich auf Dauer alleine durchzusetzen. Das Fehlen einer zentralen Instanz, die zudem auch willens wäre, das Gewaltmonopol durchzusetzen – was Teil der klassischen Begriffs-Definition für Staatlichkeit ist - hat letztlich auch alle Bemühungen der libyschen Regierung wie der Internationalen Gemeinschaft unterlaufen, die Milizen zu entwaffnen und kohärente sowie strukturierte Sicherheitsinstitutionen aufzubauen.

Milizen-Gruppen und deren Anführer in Libyen werden dabei oftmals karikiert dargestellt, demnach sie außerhalb der Gesell-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LIBYEN

DR. HARDY OSTRY

Oktober 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

schaft und der Bevölkerung stünden. Aufgrund ihrer teils sehr intensiven Verwurzelung in ihren Regionen, Städten und Dörfern ist zumeist das Gegenteil der Fall. Hinzu kommt, dass nahezu alle Milizen im Land aufgrund ihrer Verbindung zu einer der untereinander im Streit liegenden staatlichen Institutionen und Organe Legitimität beanspruchen bzw. daraus ableiten. Dies geschieht zudem nicht ganz unberechtigt, denn ein Sündenfall des Nationalen Übergangsrates, der 2011 vorübergehend die Macht übernahm, bestand genau darin, die einstigen Rebellen im Kampf gegen Gaddafi aufgrund der Schwäche der staatlichen Sicherheitsorgane wie Armee und Polizei zu assoziieren. Gaddafi selber noch hatte alle herkömmlichen Sicherheitsstrukturen und –organe zugunsten der von seinem Sohn angeführten Elite-Einheiten marginalisiert, so dass nach deren Wegfall die Milizen weitreichende Aufgaben in Abhängigkeit wie im Auftrag unterschiedlicher Institutionen (Verteidigungsministerium, Innenministerium, Parlament etc.) übernahmen. Aus heutiger Sicht erweisen sich in diesem Zusammenhang zwei Entscheidungen, die der Präsident des damaligen Übergangsrates, Mustapha Abd al-Dschalil, im Oktober 2011 getroffen hatte, als fatal: Zum einen gestattete er den ehemaligen Rebellen und Kämpfern gegen Gaddafi, ihre Waffen zu behalten und setzte sie teilweise zur Grenzsicherung ein. Das war der erste Schritt, wie aus den „Rettern“ von einst ein neues Problem wurde. Zudem jedoch erließ er das Gesetz 37, das den nunmehr agierenden Milizen Straffreiheit einräumte. Damit war den Milizen ein rechtsfreier Raum für ihr Handeln gegeben, von dem sie bis heute Gebrauch machen.

Weitreichender aber wirkte noch die Assoziierung der Milizen, die eben nicht vollständig und auf individueller Basis in die unterschiedlichen staatlichen Institutionen integriert wurden, gleichwohl jedoch von dort ihr Gehalt bezogen und ihre Aufgaben zu-

gewiesen bekamen. Gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen in der Region über Strategien zur Sicherheitssektor-Reform hat das Beispiel Libyen Positives wie Negatives gezeitigt: Der Versuch der Integration der Milizen war sicherlich der richtige Ansatz. Diesen jedoch korporativ anstatt individuell anzulegen, erwies sich als kontraproduktiv für die erst noch aufzubauenden neuen Strukturen. Oberbefehlshaber, Verteidigungsminister, Innenminister, Präsident des Allgemeinen Nationalrates – alle hatten auf diese Weise Zugriff auf ihnen unterstellte Milizeneinheiten oder gar –koalitionen. Eine weitere Konsequenz war zudem, dass eine regelrechte Milizen-Konjunktur eintrat, die deren Anzahl weit über die Zahl hinaus schießen ließ, die de facto vormals gegen Gaddafi gekämpft hatten.

#### **Fragiler sicherheitspolitischer Deal**

Was in der Folge aus dieser Gemengelage erwuchs, kann nur als ein aus der Ge- wie Verlegenheit geborene Aufgabenteilung zwischen formellen und eher informellen Kräften bezeichnet werden: Ein sicherheitspolitischer Deal wurde geschlossen und weniger Strukturen als Abläufe geschaffen, die darauf aufbauten, dass formale Kräfte der Armee und Polizei in oftmals eher argwöhnischer Form mit den mächtigeren informellen Milizen zusammenarbeiteten, die unter der Befehlsgewalt unterschiedlicher Regierungsstellen stehen. Ein solches Konstrukt funktioniert in relativ homogenen sozialen Einheiten, wo die Milizen zudem noch über eine tiefreichende gesellschaftliche und tribale Verankerungen verfügen, mitunter recht lange und reibungslos. Teilweise übernahmen sie hier Aufgaben der Polizei, regelten den Verkehr und bewachten öffentliche Einrichtungen. In heterogenen und strategisch wichtigen und damit zugleich auch konfliktträchtigen Örtlichkeiten wie Benghazi oder Tripolis entwickelten sich die Milizen aufgrund des einsetzten Wettbewerbes zu kämpfenden Einheiten, die ihre eigenen po-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LIBYEN

DR. HARDY OSTRY

Oktober 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

litischen, kriminellen und ideologischen Agenden verfolgten.

Dies ist ein Grund dafür, warum die oftmals angeführte Unterscheidung zwischen kriminellen Schmugglerbanden, ideologisch geprägten und mehr lokaler Prägung entspringenden Milizen weithin theoretisch bleibt, weil die Grenzen fließend sind. Alle drei gehen oftmals Hand in Hand, insbesondere nachdem die Waffenarsenale Gaddafis geplündert worden waren. Mehr als 50 Millionen Waffen, so der tunesische Libyen-Experte Moncef Ouannes, seien dadurch freigesetzt worden und derzeit in der gesamten Region im Umlauf.

Jenseits der Entscheidung des Nationalen Übergangsrates, die Milizen quasi zu finanzieren, lässt sich als Fluchtlinie der aktuellen Auseinandersetzungen, wie sie sich gerade auch wieder symbolisch im Wettbewerb der beiden Parlamente darstellt, vor allem die zumindest als ambivalent zu bezeichnende Rolle des 2012 gewählten Allgemeinen Nationalkongresses anführen. Zahlreiche der Konflikte haben hier ihren Ursprung, angefangen von der offensichtlichen Blockade durch den islamistischen Mehrheitsblock gegenüber der ehemaligen Regierung Ali Zeidan hin zum Exklusionsgesetz vom Mai 2013. Die pro-islamistische Fraktion hatte zunehmend die islamistische und von Misrata aus dominierte Milizen-Koalition zu Lasten der regulären Armee- und Polizeikräfte gestärkt, die wiederum oftmals unter dem Kommando anti-islamischer Kräfte aus Zintan oder dem Osten des Landes standen.

Daher verwundert es nicht, dass bis heute die Polarisierungen und Kämpfe auch ausgerechnet im Osten am intensivsten sind. Islamistische Milizen und die Aktivitäten der Ansar-Al Scharia nahmen dort verstärkt zu. Die Ermordung ehemaliger wie noch im Amt befindlicher Sicherheitskräfte, Journalisten, tribaler Führer oder Aktivisten der Zivilgesellschaft zählen bis heute bedauerlicher-

weise zur Bilanz eines jeden Tages. Lange Zeit hinweg basierte die Sicherheitsordnung in Benghazi exakt auf der bereits genannten Übereinkunft zwischen formellen und informellen Kräften: Lokale Militäreinheiten, insbesondere die Spezialkräfte, arbeiteten informell mit den ansässigen islamistischen Milizen kooperierten, die wiederum auch mit Ansar-Al-Scharia zusammenarbeiteten. Die zunehmende Radikalisierung Ansar-Al-Scharias, ihre Verweigerung der Anerkennung des Staates ohne eine Scharia-konforme Verfassung sowie die parallel verfolgte Islamisierungs- und Radikalisierungspolitik in der östlich gelegenen Hafenstadt Derna, die zum Zentrum des libyschen wie internationalen Dihad geworden ist, provozierte letztlich denn auch die Reaktion nicht-islamistischer Kräfte, die diesem Treiben nicht länger zuschauen wollten. Da der Allgemeine Nationalkongress aus Sicht vieler Anhänger des Militärs nichts tat, um ihnen den Rücken zu stärken, war die Stunde von Haftar gekommen. Er sammelte Einheiten des Militärs, anderer Milizen und Stämme um sich. Die Operation Würde war geboren.

#### **Regionale Implikationen – lokale Lösung**

Wenngleich der herrschende Konflikt in Libyen primär auf lokale Ursachen und das seit dem Sturz Gaddafis entstandene Machtvakuum zurückzuführen ist, so sind mittlerweile auch Interessen anderer Akteure in der Region Teil desselben. Als unmittelbar betroffene Nachbarn sind hier insbesondere Ägypten, Tunesien und Algerien zu nennen, aber auch der Niger und Mali. Über die oftmals schablonenhaft von Beobachtern bemühten Szenarien hinaus, demnach sich entlang der unterschiedlichen Frontstellungen vor allem auch die Machtinteressen Katars und der Türkei auf der Seite der islamistischen Kräfte und die Ägyptens und der Vereinigten Arabischen Emirate auf der anti-islamistischen, mehr national-liberalen gegenüberstehen, ist heute deutlich, dass der weitere Verlauf der Auseinandersetzungen in Libyen und dies gerade auch vor dem



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LIBYEN

DR. HARDY OSTRY

Oktober 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Hintergrund der Involvierung der regionalen Akteure mit entscheidend sein wird für die neue regionale Ordnungsstruktur, die sich abzeichnet.

Die Anleihen, die Haftar sowohl in Tonalität wie Bestimmtheit bei Ägyptens Präsident Sissi machte, sind dabei mehr als nur Zufall: Beide teilen nicht nur die Aversion gegenüber den Moslebrüdern. Aus ägyptischer Sicht stellt insbesondere die über 700 Kilometer lange und weitgehend nicht abgesicherte Westgrenze zu Libyen ein Problem dar. Wiederholt hatte Sissi daher bereits in der Vergangenheit darauf verwiesen, dass er es nicht dulden werde, dass Instabilität und Terrorismus aus Libyen importiert würden. Und de facto markiert die libysch-ägyptische Grenze heute Nordafrikas östliche Handelsroute für Waffen, Kämpfer, Drogen und illegale Immigranten mit enormen destabilisierenden Effekten nicht nur für Ägypten und die Sinai-Region, sondern weiter reichend bis nach Gaza und Syrien. Als Ende August emiratische Kampfjets Angriffe auf Niederlassungen der Ansar-Al-Scharia im Osten Libyens flogen, geschah dies daher nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung Kairos.

Zum Osten hin hat Libyen den längsten Grenzverlauf mit Algerien, das ebenfalls seit Monaten bemüht ist, durch eine verstärkte Grenzsicherung den Handel mit Waffen und Drogen sowie die Aktionen der transnationalen Terroristennetzwerke wenn nicht völlig einzudämmen, so doch verstärkt unter Kontrolle zu bekommen. Zu diesem Zweck hatte die Regierung in Alger bereits im Juli 20.000 Soldaten an die Grenze verlegt.

Algerien, das seiner außenpolitischen Doktrin nach bislang stets jede Form der Einmischung und Intervention in die Angelegenheiten anderer Länder zurückgewiesen hatte, sieht sich zunehmend unter Druck, seine klassische Position zu revidieren. Das Land, das selbst die Dekade des Terrorismus und den Bürgerkrieg noch in kollektiver Erinne-

rung hat, hatte die alte Doktrin bereits im Januar 2013 zur Disposition gestellt, als es den Franzosen Überflugrechte für den Einsatz in Mali gewährte. Seitdem wächst der Druck auf den wieder gewählten Bouteflika sowie die Generäle in Alger, die algerische Position den aktuellen Herausforderungen entsprechend anzupassen und den gewachsenen Problemen auch mit einer größeren Bereitschaft, regional wie international Verantwortung zu übernehmen, zu begegnen. Auch mit Blick auf die Machtverhältnisse innerhalb der Arabischen Liga scheint Algerien derzeit das einzige Land zu sein, dass über ausreichend politisches, wirtschaftliches wie militärisches Gewicht verfügt, um in Libyen wie mit Blick auf die regionalen Interessenlagen eine entscheidende Rolle zu spielen, ohne von Beginn an als Parteigänger irgendeiner Seite wahrgenommen zu werden. Alger hat bislang jede militärische Intervention in Libyen ausgeschlossen. Im Juni bot sich das Land – ähnlich wie im Mali-Konflikt – als Moderator für einen inner-libyschen Dialog an und lud die Konfliktparteien nach Alger ein. Die Vorbereitungen dafür, so hört man aus Alger, laufen weiter an, obwohl die Gewalt in Benghazi nicht endet und die Menschen weiter aus Tripolis flüchten. Gleichwohl scheint bei immer mehr Beteiligten die Einsicht zu wachsen, dass eine Lösung des Konflikts nur eine politische sein kann. Und das bedeutet zunächst und vor allem: ein Waffenstillstand und der Beginn eines Dialoges, dessen Ende derzeit offen ist.